DER HAUPTSTADTBRIEF

Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Ursula Münch

Die europäische Idee lebt

Eben nicht gespalten – Javier Solana über die Bedeutung der Europäischen Union ein Jahr nach Beginn des Krieges

Seite 2

25. Februar 2023

Bündnisse: Javier Solana bei der Festveranstaltung zum 40. Jahrestag des Beitritts Spaniens zur Nato in Madrid, im vergangenen Jahr.

Von **Javier Solana**

Generalüberholung

Europäische Sicherheit ein Jahr nach dem russischen Angriff auf die Ukraine

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist ein Jahr vergangen – ein guter Zeitpunkt, um darüber nachzudenken, was wir Europäer als Reaktion auf den russischen Einmarsch in der Ukraine erreicht und gelernt haben und mit welchen Herausforderungen für die Sicherheit unseres Kontinents wir konfrontiert sind.

Im Februar vergangenen Jahres, wenige Tage vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Welt – ohne die russische Delegation – zur Münchner Sicherheitskonferenz. Es lag Spannung in der Luft, denn die Möglichkeit eines russischen Angriffs auf die Ukraine war unverkennbar. Es bestand jedoch eine gewisse Hoffnung, dass die Irrationalität und die Kosten eines Krieges auf europäischem Boden – im Kontext der globalen wirtschaftlichen Abhängigkeiten und einer sich gerade erst von der Covid-19-Pandemie erholenden Weltwirtschaft – den russischen Präsidenten Wladimir Putin letztendlich davon abhalten würden, in ein früheres Mitgliedsland der ehemaligen Sowjetunion einzumarschieren. Diese Hoffnung erwies sich als trügerisch, denn nur wenige Tage später griffen russische Truppen die Ukraine an.

Kurz nach dem Einmarsch in die Ukraine wurde Putins Fehler offensichtlich. Ein Fakt aus den ersten Monaten des Konflikts war ebenso schockierend wie aufschlussreich im Hinblick auf das Ausmaß des Scheiterns der russischen Militärkampagne: Im April wurde bestätigt, dass vier russische Generäle auf dem Schlachtfeld getötet wurden, während die ukrainische Regierung erklärte, es seien sieben Generäle gewesen. In jedem Fall hatte die russische Armee – oder ihr Äquivalent der Sowjetunion – seit dem Zweiten Weltkrieg keinen solch grausamen Totalschaden mehr erlebt.

Der militärische Fehlschlag Russlands in der Ukraine offenbart ein größeres historisches Versagen. Seit Boris Jelzin zur Jahrtausendwende Putin zu seinem Nachfolger im Amt des russischen Präsidenten ernannte, verlief die Entwicklung Russlands als Land alles andere als vorbildlich. Das Land kann in keiner Weise als modern bezeichnet werden, weder in politischer, wirtschaftlicher noch in militärischer Hinsicht. Dennoch lassen sich die geografischen Gegebenheiten nicht ändern, und für die Europäer wird Russland auch in Zukunft ein Nachbar bleiben, mit dem sie sich auseinandersetzen müssen.

Putin hat nicht mit einer so starken Reaktion der Verbündeten gerechnet. Im Laufe des vergangenen Jahres haben die transatlantischen Beziehungen wichtige Zeichen der Einheit gesetzt, wie etwa den Nato-Gipfel in Madrid im Juni 2022. In dem Maße, in dem sich Putins imperiale Ziele für Russland klarer abzeichnen – die einen nostalgischen Versuch offenbaren, die verloren geglaubte Größe der Sowjetunion wiederzuerlangen –, haben 44 europäische Länder beim ersten Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Prag einen wichtigen Schritt getan.

Die Reaktion der Europäischen Union verdient eine besondere Erwähnung, da die EU im Laufe des vergangenen Jahres große Widerstandsfähigkeit und Entschlossenheit bewiesen hat. Dieser Abschnitt der europäischen Geschichte ist von Paradoxien geprägt. Trotz einer Reihe schwerer Erschütterungen hat die europäische Integration in letzter Zeit einen historisch bedeutsamen Schub erfahren. Seit Beginn der Covid-19-Pandemie in Europa Anfang 2020 haben viele der von der EU getroffenen Entscheidungen, unter anderem in den Bereichen Gesundheit, Energie und Verteidigung, die Mitgliedstaaten politisch

Titel: Shutterstock.de/Kontrastka , S.2: picture alliance / EPA | JUAN CARLOS HIDALGO / POOL

näher zusammenrücken lassen. Dies ist keine neue Dynamik in der Geschichte des europäischen Projekts: Dieses wurde besonders durch die Reaktion auf die Krisen, mit denen es konfrontiert war, aufgebaut und gestärkt.

In der europäischen Verteidigungspolitik wurde im vergangenen Jahr viel erreicht, aber es bleibt noch viel zu tun. Der Krieg in der Ukraine hat die EU-Mitgliedstaaten dazu veranlasst, eine beispiellose Aufstockung der Verteidigungshaushalte um insgesamt rund 200 Milliarden Euro für die nächsten vier Jahre anzukündigen. Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben ist zwar ein notwendiger erster Schritt, aber die Art und Weise, in der die Budgets ausgegeben werden, ist mindestens ebenso wichtig wie ihr Umfang. Die Hauptaufgabe der europäischen Regierungen wird darin bestehen, ihre Ressourcen für die Verteidigung sozusagen auf „europäische" Weise einzusetzen. Die europäischen Hauptstädte müssen sicherstellen, dass ihre Entscheidungen zu Verteidigungsausgaben mit den europäischen strategischen Prioritäten in Einklang stehen.

Trotz der europäischen Entschlossenheit, Putins Invasion entgegenzutreten, muss Europa weiterhin bedenken, dass die Verurteilung des Angriffs auf die Ukraine bei weitem kein universelles Phänomen ist. Ein großer Teil der Weltbevölkerung, einschließlich der Gruppe von Ländern, die wir heute als den Globalen Süden kennen, fasst den Konflikt in der Ukraine nicht als existenziell auf. Für den größten Teil der Welt stellt der Konflikt in der Ukraine in erster Linie eine materielle Bedrohung dar, die sich in einer größeren Ernährungsunsicherheit sowie in steigenden Energiekosten niederschlägt.

Die Abstimmungen in der UN-Generalversammlung zeigen, dass viele Länder zögern, zur Situation in der Ukraine Stellung zu nehmen. Zwar verurteilt eine große Mehrheit der Länder den russischen Angriff auf die Ukraine, aber wenn man die Bevölkerung der Länder zusammenzählt, die in der UN-Vollversammlung gegen diese Resolution gestimmt oder sich der Stimme enthalten haben, kommt man auf eine Zahl, die der Hälfte der Weltbevölkerung entspricht. Auch wenn die großen Bevölkerungen Chinas und Indiens einen großen Teil dieser Summe ausmachen, sollte diese Tatsache dennoch Beachtung finden.

Die vielleicht wichtigste Lehre aus dem russischen Einmarsch in die Ukraine ist, dass gegenseitige Abhängigkeit weder die Lösung für alle Übel der Welt noch eine Ga-

---

Javier Solana war Generalsekretär der NATO (1995-1999), wurde zum Hohen Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ernannt und war von 1999 bis Dezember 2009 Generalsekretär des Rates der Europäischen Union und Generalsekretär der Westeuropäischen Union.

GÜNTER
BANNAS

AUS DEM BANNASKREIS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Schalmeienklänge

Begriffe im Zeichen des Krieges. Von *Putinismus* ist die Rede. Sogar einen umfangreichen Wikipedia-Eintrag gibt es dazu. Russland komme als Verhandlungspartner nur unter der Vorbedingung einer *Deputinisierung* in Betracht, sagt Christoph Heusgen, ehedem Angela Merkels Sicherheitsberater und nun Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz. Wie die westlichen Ukraine-Unterstützer wohl reagieren würden, wenn es zu einer *Putin-Note* käme, fragt Berthold Kohler, Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Formeln sind es, die an einen Vorgänger erinnern: Ersetze Putin durch Stalin. Die Narrative passen. Auch Stalin ist für Gräueltaten an Ukrainern verantwortlich, ehe es dann Hitler-Deutschland tat.

Im März 1952 übermittelte die Sowjetunion die sogenannte Stalin-Note: Friedensvertrag und Wiedervereinigung samt Neutralisierung Deutschlands. Manche plädierten dafür, sich die Chance nicht entgehen zu lassen. Doch Stalin war kein Gesprächspartner mehr. Seine Aggressionspolitik in Europa hatte zum Bruch zwischen den Alliierten geführt. Die Stalin-Note wurde abgelehnt. In der Bundesrepublik am schärfsten von Konrad Adenauer. Den sowjetischen Schalmeienklängen dürfe nicht geglaubt werden. Stalin wolle einen Keil ins westliche Bündnis treiben und Deutschland isolieren. Der Tod des Diktators – am kommenden Sonntag vor siebzig Jahren – setzte einen Prozess in Gang, Entstalinisierung genannt. Doch weitere fast 20 Jahre dauerte es, ehe der Kreml wieder ein Verhandlungspartner war – mündend im KSZE-Prozess und endend mit der Schlussakte von Helsinki: Die Achtung der Menschenrechte und territoriale Integrität der Staaten gehörten dazu. Eine ganze Alterskohorte von Politikern und Diplomaten, teils noch als Studenten, wurde von dieser Phase der Entspannung geprägt. Nun erfahren sie, wie Putin einen Stalinismus neuer Prägung aufgelegt hat.

Auch Frank-Walter Steinmeier gehört dazu. „Wer die Zeit des Kalten Krieges erlebte, der weiß um die Hoffnung, die mit der Schlussakte von Helsinki verbunden war, damals, 1975, als sich alle europäischen Staaten und auch die Sowjetunion zur Unverletzlichkeit der Grenzen bekannten und zum Verzicht auf Gewalt“, sagte der Bundespräsident im vergangenen Mai aus Anlass des Endes des Zweiten Weltkriegs. „Generationen von Politikern haben dafür gearbeitet, dass *Nie wieder* auch *Nie wieder Krieg* in Europa heißt.“ Wenn Putin von Faschismus in der Ukraine spreche, „dann lügt er“. Deutliche Worte eines Staatsoberhauptes. „Unter dem Vorwand der Entnazifizierung lässt er sogar Menschen töten, die schon einmal durch die Hölle gegangen sind: auch viele Überlebende des Holocaust.“ Schussfolgerung des ehemaligen Außenministers: „Außenpolitik und Diplomatie werden auch in Zukunft gebraucht werden, natürlich. Aber wer zur Vermeidung künftiger Konflikte auf Diplomatie und Verhandlungen setzt, der muss wissen: Verhandlungen lassen sich nicht aus einer Position der Schwäche führen. Erfolgreich verhandeln lässt sich nur aus einer Position der Stärke.“ ■

rantie für Frieden darstellt. Moskaus Entscheidung, die Ukraine anzugreifen, hat bewiesen, dass wirtschaftliche Verflechtungen keine verantwortungsvollen geopolitischen Akteure hervorbringt, auch wenn sie die irrationalen Exzesse einiger Staaten eindämmen können.

Europa hat erfahren, dass eine gegenseitige Abhängigkeit, oder besser gesagt Abhängigkeiten, uns verletzlicher machen können, als wir erwartet hatten. Dementsprechend entschlossen stellen sich die europäischen Regierungen dieser neuen Realität. Im Energiesektor wurden bemerkenswerte Schritte unternommen, um Europa aus der Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen zu befreien. Noch im Jahr 2021 importierte die EU über 40 Prozent ihres Erdgasbedarfs aus Russland – im November 2022 waren es nur noch rund 13 Prozent.

Während die Auflösung riskanter Abhängigkeiten in strategischen Sektoren wie Energie und Verteidigung ein notwendiger Schritt zur Erhöhung der europäischen Sicherheit für die Zukunft ist, wäre es unehrlich und nicht zielführend, den Einfluss zu ignorieren, den die gegenseitige Abhängigkeit für die internationale Stabilität hatte – und in Zukunft noch haben kann. Die Gegensätze zu gegenseitiger Abhängigkeit – Autarkie und Protektionismus – sind nicht nur kontraproduktiv für die europäische Sicherheit, sondern auch unvereinbar mit dem Gedanken der Global Governance.

Die Verminderung der Abhängigkeit in strategischen Sektoren darf nicht in eine Fragmentierung oder Entkopplung der Weltwirtschaft münden. In einem solchen Szenario würden die multilateralen Institutionen, auf denen die Global Governance beruht, obsolet werden, und dies würde die Lösung globaler Probleme und die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter, von denen die Sicherheit der Menschheit abhängt, unmöglich machen.

INGE
KLOEPFER

AUF DEN *ZWEITEN* BLICK

ist freie Journalistin sowie Buch- und Filmautorin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte bisher zahlreiche Bücher und mehrere Filme.

Prototypin

Es gibt ein Zitat von Simone de Beauvoir, das längst ein Klassiker ist: „Die Vorstellung der Welt ist, wie die Welt selbst, das Produkt der Männer: Sie beschreiben sie von ihrem Standpunkt aus, den sie mit dem der absoluten Wahrheit gleichsetzen.“ Wenn man dieses Zitat ins Heute übersetzt, dann klänge es vielleicht so: In einer Welt, die immer stärker von Daten getrieben ist und über ihre Algorithmen die Gegenwart determiniert, klafft eine riesige Datenlücke in Bezug auf das Leben der Hälfte der Menschheit: den Frauen. Big Data liefert uns also im besten Wortsinne allenfalls Halbwahrheiten.

Diese Feststellung stammt von der britischen Autorin und Feministin Caroline Criado-Perez. Es wäre wunderbar, wenn man so etwas auch einmal von einem Mann zu lesen bekäme, dass nämlich immense Datenlücken gerade der Wissensgesellschaft die kontinuierliche und systematische Diskriminierung von Frauen noch immer befördern. Aber in der beauvoirschen Beschreibung des Problems ist genau das eben nicht möglich, schließlich hat es sich über die Jahrtausende in unser aller DNA eingeschrieben, den Mann als Prototyp des Menschen geschlechtsneutral zu begreifen. Wer nicht glaubt, dass das heute noch so ist, der gebe einfach nur einmal den Begriff *Nationalelf* in eine Internetsuchmaschine ein. Unter diesem in Bezug auf das Geschlecht unspezifischen Begriff geht es ganz selbstverständlich um die Männer, obwohl die Frauen in dieser Formation immerhin auch schon seit vier Jahrzehnten antreten. Es hat sich daran, unter geschlechtsneutralen Begriffen das Männliche zu fassen, bisher nicht wirklich viel geändert – allen Genderstudies zum Trotz. Dahinter steht noch nicht einmal böse Absicht. Gesellschaftspolitisch ist dies alles andere als trivial.

Werfen wir nun einen Blick auf den Kalender des politischen Berlins in der kommenden Woche. Am 1. März wird Bundesaußenministerin Annalena Baerbock – endlich – ihre Vorstellungen einer feministischen Außenpolitik präsentieren, auf die wir schon so lange warten. Bisher wissen wir, abgesehen von ein paar rührseligen Geschichten, nur so viel: Es soll eine Botschafterin für feministische Außenpolitik geben. Darüber hinaus sollen männliche Machtstrukturen aufgebrochen werden. Eine besondere Außenpolitik für Frauen bedeutet feministische Außenpolitik indes nicht, sie richte sich an alle Mitglieder der Gesellschaft.

So wenig die Notwendigkeit einer feministischen Außenpolitik hier in Frage gestellt wird, so enttäuschend mager klingt das, was bisher an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Machtstrukturen aufbrechen, Frauen fördern – das ist nicht neu. Vielleicht gibt es ja dann mehr Abteilungsleiterinnen und Botschafterinnen als vorher. Die aber dienten der Sache nur, wenn sie sich ihrerseits von der – vielfach unbewussten – Vorstellung des Mannes als gesellschaftlichem Prototyp verabschiedeten. Und genau das ist eben auch bei Frauen häufig genug (noch) nicht der Fall – vor allem dann nicht, wenn sie in einem stark männlich dominierten Umfeld sozialisiert sind und es dort weit nach oben geschafft haben.

Das heißt, der Rahmen für das Vorhaben Baerbocks wäre damit viel größer als das, was sich bisher andeutet: Es geht um nicht weniger als eine umfassende Bestandsaufnahme weiblicher Soziallagen, Bedürfnisse und ihrer Selbsteinschätzung dessen. Oder anders: Es geht darum, in den Datenmengen, auf deren Basis politische Entscheidungen – sicher auch im Außenministerium – getroffen werden, die Sichtbarkeit der Frauen derart zu erhöhen, sodass sie – ganz im Sinne von Simone de Beauvoir – nicht länger immer nur in der Referenz zum männlichen Prototypen definiert werden, sondern für sich selbst. Erst wenn das in Angriff genommen wird, kann sich die Außenpolitik zu Recht feministisch nennen. ■

So sehr Europa auch in der Lage war, auf die Herausforderungen des russischen Angriffs auf die Ukraine zu reagieren, so viele andere Herausforderungen liegen noch vor uns. Die letzten Wochen, in denen die Verbündeten über die Entsendung von Leopard-2-Panzern debattierten, haben gezeigt, dass Europa gewillt ist, die ukrainischen Streitkräfte weiterhin zu unterstützen. Europa muss mehr leisten, um die Ukraine dabei zu unterstützen, sich selbst zu verteidigen, aber der entscheidende Test wird darin bestehen, einen einheitlichen Umgang mit Russland zu finden.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991 spielte die Ukraine eine entscheidende Rolle bei den Bemühungen um Sicherheit und Stabilität in Europa. Einmal mehr hängt die europäische Sicherheit vom Schicksal der Ukraine als Nation ab. Die Ukrainer verdienen es, in einem freien und unabhängigen Land zu leben – und als Europäer stehen wir in der historischen Verantwortung, dies zu ermöglichen. ■

Die Internationale der Antifeministen

Gegen die Frau und die Demokratie: Der Kampf gegen gerechte Geschlechterverhältnisse gehört zum Kern des Putinismus und anderer rechter Bewegungen. Eine Antwort auf den Krieg muss deshalb auch eine feministische sein

Von **Leandra Bias**

Wladimir Putin erwähnt es selbst, man muss nur genau hinhören. Als der russische Präsident den Krieg gegen die Ukraine zu legitimieren versuchte, sagte er:

Und im Grunde haben diese Versuche des Westens, uns für seine eigenen Interessen einzuspannen, nie aufgehört: Er versucht, unsere traditionellen Werte zu zerstören und uns seine Pseudowerte aufzudrängen, die uns, unser Volk, von innen zerfressen sollen, all diese Ideen, die er bei sich bereits aggressiv durchsetzt und die auf direktem Weg zu Verfall und Entartung führen, denn sie widersprechen der Natur des Menschen. Dazu wird es nicht kommen, das hat noch niemand je geschafft. Auch jetzt wird es nicht gelingen.

Wladimir Putin, russischer Präsident, Ansprache vom 24. Februar 2022.

„Traditionelle Werte“, die angeblich zerstört, und „Pseudowerte“ oder „westliche Werte“, die Russland stattdessen aufgezwängt werden sollen: Es ist eine Erzählung, die Putin immer wieder zitiert. Dabei gelten die Geschlechtergerechtigkeit und der Feminismus, der sich für diese einsetzt, immer als besonders gefährlich. Offen inszenierter Antifeminismus ist seit vielen Jahren ein wichtiger Teil des Systems.

Es ist essenziell, diese Tatsache anzuerkennen: Die Abwertung und Entrechtung von Frauen (und von LGBTIQ+) ist kein zufälliges Nebenprodukt. Es ist ein Kernelement des Putinismus. Der Antifeminismus erfüllt als Instrument gleich mehrere Funktionen: Er dient als Recht-fertigung für eine autoritäre Politik nach innen, für Angriffskriege nach außen– und er schafft gemeinsames Terrain mit rechten Bewegungen in verschiedenen Ländern.

Wollen wir Demokratien tatsächlich festigen und verteidigen, ist diese Einsicht wichtig. Sonst riskieren wir, die falschen Schlüsse aus diesem Krieg gegen die Ukraine zu ziehen. Solche Konflikte lassen sich nicht mit reiner Militarisierung gewinnen. Genauso braucht es ernsthafte Investitionen in die Menschenrechte und die Geschlechtergerechtigkeit.

Wie also zeigt sich der Antifeminismus im Putinismus? Welchen Zweck erfüllt er? Und wie könnte und müsste man ihm begegnen – nicht nur in Russland, sondern auch in etablierten Demokratien wie jüngst wieder in den USA?

Die Idee der „traditionellen Werte“, die es zu schützen gilt, kursiert seit Putins zweiter Amtszeit und hat seither stets an Bedeutung gewonnen. Bereits 2007 verwies Putin in seiner mittlerweile berüchtigten Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz auf die Gefahr, dass ein Land seine nationalen Grenzen stets überschreite und anderen seine wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Politiken aufzwängen möchte– gemeint waren damals die USA. Damit etablierte er die Gleichsetzung zwischen Imperialismus und „fremden Werten“ offiziell. Seither ist

Shutterstock.de(9)

die Behauptung, dass vermeintlich westliche Werte nicht vereinbar seien mit russischen „traditionellen Werten“, zur Staatspolitik geworden.

Insbesondere die „Gender-Ideologie“ wird dabei als speziell schlaue westliche Strategie dargestellt, die Russland über eine innere fünfte Kolonne – also mittels russischer Feministinnen – zum Zerfall bringen soll. Wenige Monate vor der Invasion der Ukraine sagte Putin im Waldai-Club – dem wichtigsten außenpolitischen Kongress in Russland –, dem Westen seien die Basics für Fortschritt abhandengekommen, weil er nun sogar solche „Dinge wie Mama und Papa“ infrage stelle. Dem müsse Russland einen gesunden Konservatismus entgegenstellen.

Auf die Frage, was das genau beinhalte, ließ er keinen Zweifel übrig: „Wandel ist schon in Ordnung. Aber jemand muss das Kind, das sich wandeln soll, gebären.“ Die Pfeiler des gesunden Konservatismus sind also: die Nuklearfamilie und die Rolle der Frau als Gebär-maschine. Man hätte ihn auch fragen können, wie er Patriarchat definiere.

Aus diesem Grund wird Feministinnen im Land vorgeworfen, sie planten unter Anweisung des Westens einen Hinterhalt. Denn sie setzen sich für Selbstbestimmung ein: das Recht auf Scheidung, das Recht, sich gegen häusliche Gewalt zu wehren, und das Recht auf einen sicheren Zugang zu Abtreibungen.

Darauf spielte Putin an, als er die inneren Feinde in seiner Rede kurz nach der Invasion aufzählte. Verräter und Abschaum nannte er jene, die auf ihren „Gender-Freiheiten“ beharrten, aber die wie Mücken ausgespuckt werden würden.

Zu diesem antifeministischen Feindbild gehört insbesondere auch die Idee einer Gleichstellung von LGBTIQ+; die gleichgeschlechtliche Ehe als Bedrohung für die russische Gesellschaft. Populär wurde der Begriff „Gayropa“ anstelle von „Evropa“, als Putin 2012 zum dritten Mal gewählt wurde. Damals stand die Legalisierung der Ehe für alle in Frankreich bevor. Die Medien schlachteten die Vorstellung aus, dass bald russische Kinder von Schwulenpärchen (pauschal als Pädophile herabgesetzt) in Europa adoptiert würden.

Gleichzeitig setzte sich die Bezeichnung „Homokratie“ unter russischen Internetusern durch und wurde Sinnbild dafür, dass der Westen in Wahrheit nicht Demokratie fördern, sondern seine perversen Werte aufzwingen möchte. Oppositionspolitiker Alexei Nawalny wurde in derselben Logik als ein Kandidat für Schwule diskreditiert, weil er sich für Demokratisierung einsetzte.

Sogar der russische Sicherheitsrat, das höchste Gremium, diskutierte zur selben Zeit ernsthaft, dass angesichts der westlichen homosexuellen Aggression eine Strategie der moralischen Abwehr nötig wäre.

Das öffentliche Schimpfen auf die „Gender-Ideologie“ erfüllt gleich mehrere Zwecke.

Zum einen dient es als ganz grundsätzliche antidemokratische Abkürzung. Wenn die „Gender-Ideologie“ nur ein Machtinstrument des Westens ist, um Russland zu dominieren, dann lässt sich das auch gleich für die gesamte Idee der Demokratisierung behaupten. Eine Abwertung des Feminismus dient also dazu, dass im gleichen Atemzug auch Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte weggefegt werden können. Sie stehen nun für nichts anderes als westlichen Neo-Imperialismus, dem sich Russland tugendhaft widersetzt.

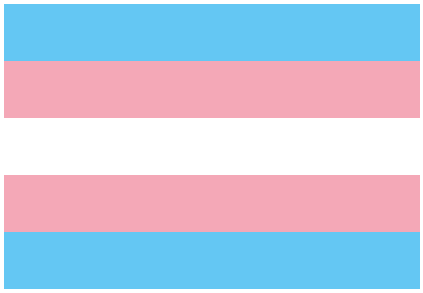
Das Regime inszeniert sich auf diese Weise als die Instanz, die den Westen mitsamt seinen Demokratiebestrebungen als imperialistisch und heuchlerisch entlarvt.

Leandra Bias ist Politikwissenschaftlerin und hat an der Universität Oxford zu Feminismus und Autoritarismus mit Fokus auf das ehemals sozialistische Europa promoviert. Als Postdoktorandin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern forscht sie an dieser Schnittstelle weiter. Sie ist überdies affiliiert mit ZOiS, dem Berliner Zentrum für Osteuropa und internationale Studien.

Der Antifeminismus liefert den nötigen Vorwand, um ganz konkret gegen unliebsame Elemente im Innern vorzugehen. Da die „Gender-Ideologie“ eine feindliche Strategie ist, werden im Umkehr-schluss alle innerhalb Russlands, die sich für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen – und damit auch für Demokratie –, zu Teilen der fünften Kolonne, die den Untergang des Landes herbeiführen wollen.

Tatsächlich ist es in Russland heute nach jahrelanger antifeministischer Politik fast nicht mehr möglich, Feminismus auf irgendeine Art zu betreiben, sei es wissenschaftlich oder aktivistisch. „Gay-Propaganda“ ist in Russland gesetzlich verboten. Erlassen wurde das Gesetz im Jahr 2012 im Nachgang eines zweiminütigen Auftritts der feministischen Band Pussy Riot in einer Moskauer Kathedrale. 2013 wurde ebendieses Gesetz benutzt, das Zentrum für Geschlechterforschung an der unabhängigen Europäischen Universität in Sankt Petersburg anzugreifen. Das Zentrum wurde bezichtigt, Studierende zu zwingen, sich mit „ekelhaften“ Themen auseinanderzusetzen, die nicht „typisch seien für Russinnen“. Die Universität verlor in der Folge während über zwei Jahren die Lizenz zum Unterrichten.

Das älteste Zentrum für Geschlechterstudien in Moskau hatte noch weniger Glück. Es fiel dem Gesetz gegen „fremde Agenten“ zum Opfer. 2012 in Kraft getreten, zwang das Gesetz alle Organisationen, die politisch aktiv waren (was absichtlich vage definiert blieb) und finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhielten, sich als „fremde Agenten“ zu registrieren. Das Moskauer Zentrum hatte seit seiner Gründung noch zu Sowjetzeiten eine Assoziierung mit der Russischen Akademie der Wissenschaften. Aber mit einem „fremden Agenten“ wollte niemand mehr of-



fiziell in Verbindung stehen, und so schloss es seine Türen.

2017 wurde dann ein erster kleiner Fortschritt im Kampf gegen häusliche Gewalt innerhalb von sechs Monaten wieder rückgängig gemacht. Russland ist neben Belarus das einzige postsowjetische Land ohne separates Gesetz zu häuslicher Gewalt. Zwei Versuche, eine Gesetzgebung durchzubringen, scheiterten 2012 und 2014. Der Tatbestand existierte somit nicht. Im Juli 2016 wurde mit einer neuen Gesetzgebung zum ersten Mal in der Geschichte Russlands Gewalt „zwischen Personen, die sich nahestehen" von anderen Gewaltdelikten unterschieden. Häusliche Gewalt wurde dadurch als separates Delikt zumindest anerkannt und im Strafgesetzbuch geregelt, während andere erstmalige Fälle einfacher Körper-verletzung weiterhin als bloße Ordnungswidrigkeiten galten.

Der Erfolg, der auf fast 30 Jahren feministischer Kampagnenarbeit beruhte, hielt nicht lange. Als von der westlichen Feministenlobby gesponsertes „Ohrfeigengesetz" verspottet, das russische Mütter kriminalisieren und „russischen Werten" widersprechen würde, wurde es Anfang 2017 nach bloß sechs Monaten wieder gestrichen. Was im Westen unter der Headline „Entkriminalisierung häuslicher Gewalt" kursierte, war tragischerweise nichts Neues. Zurück kam die alte Gesetzesordnung. Gemäß dieser wird das Schlagen der Partnerin gleich gebüßt wie das Falschparkieren.

Hinzu kommen ständige Bestrebungen, den Zugang zur Abtreibung zu erschweren. Selbst kleinste Initiativen wie ein Youtube-Video, das über das Recht auf Abtreibung informiert, können mit einem Verhör enden. Und zwar nicht auf dem Polizeiposten, sondern in der Abteilung der Extremismusbekämpfung des Nachrichtendienstes – mit der Begründung, dass ein Video zu Abbrüchen einem Aufruf zum Massenmord gleichkommen könnte. Teilnehmende an einem feministischen Sommerlager an einem abgelegenen Ort wurden mit Vergewaltigung bedroht, weil sie die „traditionellen Werte" befleckten. Sie wurden noch bei der Ankunft am Bahnhof abgefangen und über mehrere Stunden auf der Polizeiwache festgehalten, wie mehrere Betroffene berichteten. Es ist keine Überraschung, wenn russische Feministinnen heute sagen, sie betrieben Selbstzensur.

Das Feindbild der westlichen „Gender-Ideologie" dient dazu, die moralische Überlegenheit westlicher Demokratien zu entkräften – und so gleichzeitig das Regime zu legitimieren. Gleichzeitig dient es auch als Argument, um eine aggressive Außenpolitik in eine reine Verteidigungshandlung umzudeuten.

Wenn „traditionelle Werte" unter Beschuss sind, ist es naheliegend, dass alle Mittel zu ihrer Verteidigung heilig sind. Nicht nur die Verfolgung von Feminismus im Land, sondern auch eine Invasion im Nachbarland.

Die Ukraine ist demnach aus Sicht Russlands nicht nur von Nazis durchdrungen und keine eigenständige Nation. Nein, sie wird eben auch als Spielball des degenerierten Westens dargestellt, und die Ausbreitung dieser perversen Werte ist gleichbedeutend mit der Ausweitung der Nato. Antifeminismus hilft dadurch, den russischen Opferstatus auszustellen und aggressive Außenpolitik reinzuwaschen.

Putin bediente sich dieser Strategie nicht nur am Abend der Invasion, sondern auch neulich wieder am 9. Mai, dem Tag des Sieges. Der Angriffskrieg wurde als präventiv deklariert, ausgelöst durch einen „moralisch degradierten" Westen, der es darauf anlegt, „jahrtausendealte Werte zu canceln". Darum sei der Übergriff das einzig Richtige gewesen für ein souveränes Land wie Russland, das die eigenen „traditionellen Werte" und „die Bräuche der Vorfahren" niemals aufgeben werde.

Wer schon früher genau hingehört hat, weiß, dass dieses Schema bereits seit dem Euromaidan auf die Ukraine angewandt wird. Als die Proteste im Herbst 2013 ausbrachen, weil der korrupte und zusehends autoritäre Präsident Janukowitsch das Assoziierungs-abkommen mit der EU unter Druck Russlands in letzter Minute doch nicht unterschrieb, warnte das russische Fernsehen vor einer drohenden „Homodiktatur". Zehn Tage bevor Russland die Halbinsel Krim annektierte, sagte niemand Geringeres als der russische Außenminister Lawrow, dass die „Gesellschaft ein lebendes Wesen" sei, das vor Europas hedonistischer „Weigerung traditioneller Werte" beschützt werden musste.

Man hatte es gemäß dieser Darstellung also nicht mit einer legitimen demokratischen Bewegung in der Ukraine zu tun oder mit illegalen russischen Truppen. Sondern es ging darum, dass die Ukraine Opfer westlicher Perversion war und dass, wenn diese Bedrohung nicht präventiv und gewaltvoll niedergeschlagen würde, auch Russland bald Penetration und Zerfall bevorstehen würden.

Die Biker-Gang Night Wolves, die sowohl als paramilitärischer wie auch propagandistischer Arm des Putin-Regimes fungierte, deklarierte ein Jahr nach der Krim-Annexion stolz: „Auf der Krim haben wir zum ersten Mal Widerstand geleistet: gegen den globalen Satanismus, die wachsende Barbarei Westeuropas, gegen die Zerstörung traditioneller Werte, gegen amerikanische Demokratie."

Demokratie wird im selben Atemzug wie Gender-Ideologie genannt. Dadurch wird eine Annexion der Krim, ein getarnter Überfall in der Ostukraine oder wie heute ein voller Angriffskrieg zu tugendhafter, ja gar unschuldiger Verteidigung.

Deshalb erfuhr Joanne K. Rowling ein böses Erwachen, als Putin sie in einer Rede

nach der Invasion plötzlich als eklatantes Beispiel für die westliche Cancelkultur erwähnte. Die Autorin der Harry-Potter-Bücher vertritt zu Geschlecht und Genderfragen eine Haltung, welche ihr den Vorwurf der Transphobie eingebracht hat. Putin bediente sich bewusst der rechten Rhetorik, die Machtverhältnisse umkehrt und marginalisiert – darunter auch Feministinnen – und deren Einsatz gegen Diskriminierung als übermächtig darstellt. Genau das tat auch die russische Botschaft in Frankreich, als sie kurz nach dem Angriff eine Karikatur mit der Überschrift „Europe 2022“ auf Twitter veröffentlichte: Cancelkultur wird gleichgesetzt mit der Nato-Erweiterung. Und Aggression ist darum Selbstschutz in einem zivilisatorischen Konflikt mit der Ukraine als Schauplatz.

Was auf dem Pausenplatz passiert, findet auch in der Weltpolitik statt: Staaten sind gegenwärtig noch immer männliche Gebilde im Wettbewerb miteinander. Und es geht darum, wer der Stärkere ist.

Mit seinem Antifeminismus inszeniert sich Russland als der letzte wahre Kerl. Der Kreml sagt zuweilen tatsächlich, dass er sich in seinem Kreuzzug gegen die Gender-Ideologie als letztes Bollwerk der westlichen christlichen Zivilisation sieht. Im Gegenzug werden der Westen und insbesondere seine männlichen Bürger als verweiblicht dargestellt.

Das stößt auf Anklang. Besonders in Zeiten eines Krieges, wenn die Retraditionalisierung unserer Geschlechterrollen Hochkonjunktur hat, weil sie uns ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln scheint. Das Spektrum der Resonanz ist breit. Vom

Darum reicht es für eine Stärkung der Demokratien nicht, militaristisch gegen Russland vorzugehen – wir müssen auch antifeministischen Bewegungen in anderen Ländern entgegentreten.

Mit seiner Rhetorik gegen den angeblich pervertierten, verweichlichten Westen setzt der Putinismus nicht nur seine eigenen unmittelbaren Interessen durch. Er wird damit auch anschlussfähig bei der internationalen Rechten, die in Russland eine Projektionsfläche gefunden hat, wo noch Ordnung herrscht.

Darum reicht es für eine Stärkung der Demokratien nicht, militaristisch gegen Russland vorzugehen – wir müssen auch antifeministischen Bewegungen in anderen Ländern entgegentreten.

deutschen Autor Tobias Haberl, der findet, der Mann wurde so lange von radikalen Feministinnen gepiesackt, dass ihm nun die nötige Härte für diese Welt fehlt. Hin zum regelmäßigen Schweizer Feuilleton-Beitrag zum Gendersternchen, das nun doch zu weit gehe und das Zeichen einer Snowflake-Generation sei. Bis zum Magazin *Weltwoche*, das sofort auf Putins Idee einer Selbstsäuberung vom ganzen Cancel-Kram aufspringt.

Das russische Regime ist zudem nicht das einzige, das eine antifeministische Rhetorik und Politik nutzt, um eine antidemokratische Innenpolitik durchzusetzen. Polen beispielsweise hat das Recht auf Abtreibung quasi ausgehebelt und betreibt seit Jahren antifeministische Politik – ausgerechnet Polen soll nun aber zur Schutzmacht der Ukraine werden. Auch in den USA, einer der wichtigsten Demokratien, kann der Schwangerschaftsabbruch nach dem Willen des republikanisch dominierten Obersten Gerichtshofs in den Bundesstaaten wieder kriminalisiert werden können. Und

Kroatien hat den EU-Beitritt abgewartet, um den Zugang zur Abtreibung zurückzuschrauben.

Polen kämpft außerdem neben der Türkei an vorderster Front gegen die sogenannte Istanbul-Konvention. Dabei handelt es sich um ein Übereinkommen des Europarats „zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“. Es verpflichtet die unterzeichnenden Länder erstmals, umfassende Maßnahmen zur direkten Gewaltprävention sowie für die Gleichstellung zu ergreifen, und gilt als feministischer Meilenstein. Polen aber stößt sich ähnlich wie die Türkei daran, dass die Konvention zwischen biologischem und sozialem Geschlecht unterscheidet und Geschlechterrollen als gesellschaftlich gemacht statt von der Natur aus gegeben definiert.

Weitere Beispiele wären Ungarn mit seinem Verbot der Genderstudies, aber auch Frankreich, wo Geschlechterforschung wie auch postkoloniale Studien vermehrt als Ideologien verschrien werden, die auf Universitäten nichts zu suchen haben.

Das alles geschieht nicht zufällig. Die Politikwissenschaft hat schon lange erkannt, dass Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie Hand in Hand gehen. Langsam realisiert sie auch, dass Geschlechtergerechtigkeit Voraussetzung für eine stabile Demokratie ist. Autokraten sind also nicht bloß einfach so Frauenhasser. Sie haben ein strategisches Interesse an antifeministischer Politik: Es ist eine effektvolle Art, die Demokratie zu untergraben.

Darum gibt es ein Anti-Gender-Netzwerk, welches sich mithilfe internationaler Spenden darauf konzentriert, etablierte Rechte in der Gleichstellung rückgängig zu machen. Allein seit 2008 wurden mehr als 700 Millionen US-Dollar in Europa investiert, unter anderem um Ärzte, die mit dem Hinweis auf

Gewissensgründe Schwangerschaftsabbrüche verweigern, bei Gerichtsverfahren finanziell zu unterstützen. 180 Millionen davon können erwiesenermaßen nach Russland zurückverfolgt werden, und es ist – wie ein entsprechender Bericht des EU-Parlaments feststellte – sehr wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs.

Damit ist Russland der zweitwichtigste Geldgeber der sogenannten Anti-Gender-Kampagnen. Russland begann damit relativ plötzlich 2013 und überbot bald die Geldflüsse, die aus christlich-fundamentalistischen Kreisen der USA stammten. Der Bericht stellt fest, dass zwei Oligarchen, Wladimir Jakunin und Konstantin Malofejew, zu den finanziellen Hauptquellen gehören. Unter dem Eisberg verbirgt sich ein zunehmend internationaleres Netz. Und auch wenn der Löwenanteil des Geldes nach Europa gepumpt wird, so ist Europa keineswegs einfach passives Opfer, sondern verfügt mittlerweile über seine eigenen Anti-Gender-Akteurinnen.

Das gesamte internationale Netzwerk kommt punktuell zusammen, beispielsweise am Weltkongress der Familien, und ist sehr wirksam, weil es breite Allianzen von religiösen Fundamentalisten bis hin zu Rechtsextremen schafft und das Geld über Grenzen hinweg strategisch einsetzt.

Eine antifeministische Rhetorik und Politik ist ein Herzstück des Putinismus und der rechten Bewegungen, die in ihren Ländern ein Regime nach dem Vorbild Russlands anstreben, sowie ihres transnational aufgestellten Netzwerks. Darum ist klar: Dieser Konflikt ist mit Militarisierung nicht zu gewinnen. Es braucht genauso ernsthafte Investitionen in die Stärkung der Menschenrechte und der Geschlechtergerechtigkeit. Also genau in Dinge, für die die Ressourcen aufgrund der Militarisierung noch mehr fehlen werden.

Nur knapp 1 Prozent der Stiftungsgelder institutioneller Geldgeberinnen erreicht feministische Organisationen. Mehr als 500 Milliarden von Gewinnen in der Rüstungsindustrie (Tendenz seit Jahren steigend) stehen kleinen Budgets für die Friedens-förderung gegenüber. Diese Relationen muss im Blick behalten, wer das Übel an der Wurzel bekämpfen will.

Kurz bevor die Sowjetunion sich 1991 desintegrierte, fand die erste unabhängige feministische Konferenz in der Sowjetunion in Dubna statt. Die Frauen erarbeiteten daraus ein Positionspapier mit dem Titel: „Demokratie ohne Frauen ist keine Demokratie!“

Sie hatten schon damals recht. ■

SOS-KINDERDORF STIFTUNG

WERDEN SIE ZUKUNFTSSTIFTER!

Junge Menschen wollen ihren eigenen Weg gehen. Helfen Sie ihnen dabei, die ersten Stufen zu erklimmen und werden Sie Teil der SOS-Stiftungsfamilie!

Mehr Infos unter **www.sos-kinderdorf-stiftung.de**

POSTSKRIPTUM

Von **Lutz Lichtenberger**

Ungeister

Kurt Kister schrieb jüngst in der *Süddeutschen Zeitung* ein Denkstück über Denkstücke. Also über Feuilletonaufsätze mit praktisch-politischem, aber auch philosophischem Anspruch, die „Aufmerksamkeit, Beifall, Wut, im besten Falle sogar Nachdenken" erzeugen.

Kister, einst SZ-Chefredakteur, heute selbst launiger Besinnungsaufsatzverfasser, schreibt in Verteidigung von Jürgen Habermas, der zuletzt wieder einen, nun ja, umstrittenen Text zum Krieg in jenem Blatt veröffentlichte. Das heißt, Kister tritt mehr für das Denkstückartige des Textes ein als für die Sache. Böse gesprochen, die intellektuell gediegenere Variante des *Das-wird-man-doch-wohl-noch-sagen-Dürfen*. Aber nichts für ungut, ernste Debatten, „bis zum Bruchpunkt gedehnt" (Joachim Fest), sind unabdingbar.

Kister referiert die Reaktionen auf Habermas einfach gleich selbst – „eine weitere Wortkette in der verdammenswerten Appeasement-Publizistik à la Wagenknecht" oder dass der Philosoph „unpraktisch und realitätsfern" argumentiere, sein Beitrag soll sich ja von den platteren, die unbedingt „entschieden Haltung zeigen" abheben.

Immer gut und golden sind natürlich die Appelle, „man sollte dem andersmeinenden Gegenüber nicht erst mal grundsätzlich Dummheit und/oder Bosheit unterstellen". Die ungute „schnelle Bereitschaft, den Angehörigen der jeweiligen Gegenseite Dummheit, moralische Verlotterung; Heuchlertum, Kriegstreiberei oder Blödpazifismus vorzuwerfen" – auch nicht gut. Ist notiert.

Antje Vollmer, einst Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, schreibt diese Woche in der *Berliner Zeitung* ebenfalls zum Krieg und die Debatte darüber in Deutschland. Es sei üblich geworden, schreibt Vollmer, „zu Beginn jeder Erwähnung der ungeheuren Tragödie um den Ukraine-Krieg vom völkerrechtswidrigen brutalen Angriffskrieg Putins bei feststehender Alleinschuld der russischen Seite zu reden und demütig zu bekennen, wie sehr man sich geirrt habe im Vertrauen auf eine Phase der Entspannung und der Versöhnung mit Russland nach der großen Wende 1989/90". Diese Schwurformel werde eingefordert wie ein Ritual, „wie ein Kotau, um überhaupt weiter mitreden zu dürfen". Zugleich gesteht Vollmer zu, dass sie „ja auch nicht falsch" sei. Aber ein so bisschen *ja, aber* soll dann doch noch folgen.

Schnell kommt sie zu einem „billigen antirussischen Ressentiment", das bruchlos an die Ideologie des Kalten Krieges anknüpfe, „die vom berechtigten Antistalinismus über den verständlichen Antikommunismus bis hin zur irrationalen Slawenphobie viele Varianten von westlichen Feindbildern bis heute prägt".

Der eigentliche Grundirrtum der europäischen Identität sieht Vollmer in dem „scheinbar unausrottbaren Bedürfnis nach nationalem Chauvinismus" – in der Liste der Länder, die dieser Irrlehre aufgesessen sind, taucht nach Deutschland, Großbritannien, Spanien, Polen, der Ukraine und den baltischen Staaten schließlich dann doch auch Russland auf. Vollmers Russland entspricht durchgehend eher der Sowjetunion, einem kalten und nicht einem leider „heißen" Krieg, weswegen auch alle dereinst produktiveren Anleitungen für diplomatische Beziehungen unverändert angewandt werden könnten. Vollmer fragt, was es eigentlich bedeute, eine europäische Nation zu sein?

In deutschen Medien stünde die Ukraine als eine „freiheitsliebende westliche Demokratie heroischen Zuschnitts" da, die nicht nur für sich selbst, sondern für die Ideale des „Westens" kämpfe. Die Autorin will natürlich eben jene Ideale – sprich: die USA – in Frage stellen, durchaus ein komplizierter Fall, selbst wenn man es ohne ideologische Vergröberungen betrachtet. „Wer sich machtpolitisch behauptet, wer seine Existenz mit blutigen Opfern und Waffen verteidigt, gilt als Bollwerk für die europäischen Ideale der Freiheit, koste es, was es wolle", schreibt Vollmer mit Blick auf Wolodymyr Selenskyj. Der ukrainische Präsident suche nicht den „Weg des Konsenses, der Kooperation, der Verständigung und der Versöhnung" – und solle, so Vollmer, deswegen kein Europäer sein und nicht die europäischen Tugenden verkörpern. Das ist dann, bei aller Kisterschen Debattenetikette, doch des Infamen zu viel. Was erdreistet sich die Ukraine, sich gegen den Aggressor zu verteidigen – warum nur das Beharren auf einer Täter-Opfer-Umkehr?

Zu Beginn hatte Vollmer davon gesprochen, beim Anblick eines Panzertransports festgestellt zu haben, zurück im Kalten Krieg zu sein, „in einer Spirale der gegenseitigen existenziellen Bedrohung". Bernd Ulrich hat vor einigen Wochen in der *Zeit* die Logik derjenigen, die von ihren *Ja, abers* wider jede Wirklichkeit nicht lassen können, so beschrieben: „Es watschelt wie eine Ente, es quakt wie eine Ente – aber wissen wir wirklich ganz genau, dass es sich nicht um ein Gürteltier handelt?! Und im Übrigen: Ist der Westen nicht auch oft sehr entenhaft?

„Alles, wogegen ich mein Leben lang politisch gekämpft habe, war mir in diesem Moment präsent als eine einzige riesige Niederlage", denkt Vollmer beim Anblick der Panzer. Dort irrt sie sich zu ihren Gunsten, ihr politisches Lebenswerk war eben keine Niederlage. Die existentielle Bedrohung geht nicht vom Westen aus, aller Relativierungsakrobatik und Bringschuldrhetorik nach dem Zerfall des Warschauer Pakts zum Trotz. Nicht der Kalte Krieg ist zurückgekehrt, sondern der faschistische Ungeist. ■

IMPRESSUM

Der Hauptstadtbrief ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien

Verleger: Detlef Prinz
Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch
Chefredakteur: Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.
Kolumnen: Günter Bannas, Inge Kloepfer, Anne Wizorek
Layout: Gordon Martin
HSB-Icon [Quadriga]: Shutterstock.de/AVA Bitter

Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24 • 10963 Berlin
Tel. 030/21 50 54 00
info@derhauptstadtbrief.de www.derhauptstadtbrief.de
Redaktionsschluss 25. Februar 2023
© Der Hauptstadtbrief 2023